

The first volume delves deeply into the debates on the philosophy of history and reconstructs above all the discussion on idealism at the end of the eighteenth and beginning of the nineteenth century in Germany. It is no coincidence that this was the period in which German views of revolutionary France inspired exciting insights into the relationship between reform and revolution, continuity, structural dependence, and stability on the one hand, and upheaval, eventfulness, and voluntarism on the other, which also guide the author of this study. While traditional societies are threatened by disruptive revolutions because of the lack of opportunities for participation, the expansion of democratic participation via parliamentarism, party formation, and finally also the very German concept of trade union's *Mitbestimmung* leads to a decoupling of revolution and progress and to a gain in freedom compared to an otherwise necessary revolutionary path of social transformation – this is the main point around which Fabian has organized his material and which he insists on several times with reference to the philosophy of Jürgen Habermas (for ex. p. 393). While volume 1 ends with a look at the industrial age and even our present, volume 2 goes back in time and devotes larger empirical parts to the time of John Wycliff in late fourteenth century England. It does not become very clear why the traditional chronology has been put upside down and what it does to the overall argument of the two volumes. It seems as if the two parts have been developed rather independently from each other. But, with these rather narrative parts in the second volume of the study, the author demonstrates his ability to accurately re-

construct pre-modern societies that were still fighting out their problems of freedom in the guise of religious argumentation. One can only give the author credit for the exhausting course through a huge library from which he has tried to distil a common thread. However, the diverse text formatting, which does not necessarily benefit the reading flow, shows that the author himself does not seem to be so sure what the core message could be, which is to be communicated memorably without using bold letters.

**Danielle Allen: Politische Gleichheit. Frankfurter Adorno Vorlesungen 2017, Berlin: Suhrkamp Verlag, 2020, 240 S.**

Rezensiert von  
Helmut Goerlich, Leipzig

Dieses kleine Buch ist eine Summe der Bemühungen der Autorin um die Rekonstruktion des Gebots der politischen Gleichheit, um die in den USA seit der Unabhängigkeitserklärung fortwährend gerungen wird. Sie ist akademisch exklusiv ausgewiesen und als Vertreterin der politischen Wissenschaft sowie der Altphilologie an hervorgehobener Stelle in der akademischen Welt der Ostküste der USA tätig. Zugleich ist das Werk eine Streitschrift gegen eine einseitige Wahrnehmung der Rechtsphilosophie von *John Rawls*, des von Immanuel Kant her denkenden, bescheidenen und jedem Gesprächspartner

gegenüber zugewandten, nun schon vor geraumer Zeit verstorbenen akademischen Lehrers in Cambridge, Mass.; einseitig nämlich, wenn diese Philosophie nur unter Aspekten der Verteilungsgerechtigkeit und nicht immer zugleich auch unter dem Aspekt der Zuweisung politischer Rechte verstanden wird – darunter dasjenige auf Gleichbehandlung, gleiche Teilhabe und diskriminierungsfreien Umgang als Elemente politischer Fairness. Eine andere, d. h. die übliche restriktive Auslegung des Werkes von Rawls beschränkt die Reichweite seiner Arbeiten auf die Begründung negativer Freiheit, lässt also die eben genannten Elemente positiver Freiheit beiseite, die die Grundlage politischer partizipatorischer Fairness bilden. Dieses Defizit im Problemzugang von Rawls zu überwinden, das ist ein zentrales Anliegen des Buches.

Die Einleitung des ersten Kapitels handelt von politischer Gleichheit und ökonomischer „Ermächtigung“, was wohl *empowerment* im Original meint – ein Begriff, der Verfügbarkeit und Reichweite menschlicher Autonomie anspricht. Dann zielt die Arbeit sogleich auf die eben geschilderte Einseitigkeit der Deutung von Rawls als einen blinden Fleck des 20. Jahrhunderts, wobei sie dies auf das an der amerikanischen Ostküste in dieser Zeit dominante liberale politische Paradigma zurückführt, das utilitaristische Ökonomie mit rawlschem Wohlfahrtsdenken verbindet. Es reduziert Rawls seit dem Erscheinen seines Hauptwerkes *A Theory of Justice* 1971 auf das Verteilungsproblem und lässt seine Theorie politischer Rechte außen vor. Damit werden Rechte wie die Vereinigungsfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht auf politische

Teilhabe marginalisiert im Verhältnis zur Frage nach der vor allem materiell verstandenen Differenz im Vergleich mit dem Personenkreis, der in einer gegebenen Gesellschaft am schlechtesten gestellt ist. Das erlaubt ein Festhalten an der politischen Ökonomie der neoliberalen Schulen in der Wissenschaft, hindert also an einer politischen Kontrollfrage danach, weshalb in der amerikanischen Geschichte die Gleichheit im Zugriff auf Land – etwa als Grundlage von Landverlosungen an Männer, Witwen und Waisen weißer Hautfarbe im Rahmen der *Georgia Land Lottery* nach 1830 oder auch bei Durchsetzung des später im 19. Jahrhundert – man könnte vielleicht sagen – sozialdemokratisch motivierten *Homestead Act* im Mittleren Westen – immer schon unter zwei Defiziten litt, nämlich dem Ausschluss der vertriebenen indianischen Urbevölkerung, der man die Nutzung des Landes entzogen hatte, und der importierten schwarzen Sklaven, denen man säkular-innerweltliche Rechte jeder Art von vorneherein verweigert hatte. Man kann sagen, dass diese Defizite das amerikanische Trauma begründeten, an dem die USA bis heute leiden, zumal es latent auf Immigranten aus Mittelamerika immer wieder auszugreifen droht. Daher formuliert die Schrift dann die Alternative für das 21. Jahrhundert, indem sie Differenz ohne Herrschaft übereinander und eine hinreichende ökonomische „Ermächtigung“ – also *empowerment* – formuliert und dies in den Blockaden einer alternativen Entwicklung durch die stete Einwanderung spiegelt. Diese sieht man teils in den USA traditionell in der Perspektive der Einbürgerung und damit der Partizipation an der Hervorbringung des politischen Willens. So ist akademisch vorge-

schlagen worden, den Arbeitsmarkt in den USA weltweit für Immigranten zu öffnen, um eine bessere Verteilung von Reichtum zu erreichen. Die politische Rechte wollte dagegen eher den Zuwanderungsdruck mindern.

Demgegenüber begründet die Autorin die klassische amerikanische Position in dieser Frage mit der Berufung auf George Marshall, der seinen Plan nach dem Zweiten Weltkrieg damit begründete, dass es darum gehe, freie Institutionen zu schaffen – was auch eine der wichtigsten Aufgaben im Blick auf die Staaten Mittel- und Südamerikas sein sollte, die heute oft nur durch den sogenannten „Antidrogenkrieg“ der USA traktiert werden, der allerdings zugleich mit der Volkswirtschaft im Norden verweben ist.

Das zweite Kapitel formuliert sodann die Gegenthese, nämlich „Differenz ohne Herrschaft“, also nicht nur sozialen Ausgleich im Verteilungskampf, sondern freie politische Partizipation und eine ihr dienende Ökonomie. Daher wendet es sich zugunsten der politischen Gleichheit gegen eine bloße Verteilung, die sich auf das Postulat beschränkt, dass ökonomische Ungleichheiten, so Rawls, „zum größtmöglichen Vorteil der am wenigsten begünstigten Gesellschaftsmitglieder wirken“. Damit sucht die Autorin einen Neuanfang in der Theorie der Gerechtigkeit einzuleiten. Sie beruft sich für den Ansatz zugunsten der politischen Gleichheit auf Klassiker wie Benjamin Constant und Sir Isaiah Berlin als Vertreter der älteren Theorie, denen es um die Freiheit des politischen Prozesses ging. Rawls hält sie vor, dass er diese Freiheit vernachlässigt habe, und spricht insoweit von Rawls' Fehler. Relevant ist daher auch die Frage

der Wahrung der Freiheit im Verfahren der Repräsentation. Dabei geht es auch um den Unterschied zwischen „unmittelbarer Mitwirkung“ und einer Repräsentanz auf mittelbarem Wege, also um, wie Rawls formuliert, die Problematik einer Repräsentanz „mittelbar durch Abgeordnete, mit denen sie – die Menschen – sich kulturell und gesellschaftlich verbunden fühlen“. Diese Problematik ist aufgegeben.<sup>1</sup> Kritik an dieser schlichten Beschreibung folgt auch aus einem Blick auf die Soziologie der Repräsentation im Lichte der Gleichheit. Mit einem Rückgriff auf die griechische Antike, insbesondere am Beispiel der Kritik der Herrschaft des Perikles in der attischen Demokratie bei Thukydides, und auf die Theorie der Republik seit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung etwa seitens Philipp Petit entfaltet das Buch Kriterien gleichen Zugangs zum Herrschaftsapparat im Sinne eines epistemischen Egalitarismus auf der Basis eines Weges von der bloßen Stimme hin zum Einfluss auf die Herrschaftsausübung, der Gegenseitigkeit voraussetzt. Nur so glaubt sie, dem paradoxen Potential von gleichen Freiheiten begegnen zu können, eine Ungleichheitsdynamik zu erzeugen. Dies setzt für sie voraus, dass Räume von Unterschiedlichkeiten ohne Herrschaft bleiben, so dass sich die Moralität der Gleichheit über negative Freiheiten wie Gedanken-, Religions- und Eigentumsfreiheit hinaus in positive Rechte der Entfaltung wie Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Partizipation in der öffentlichen Debatte und in der Öffentlichkeit durchsetzen kann. Das hat auch Folgen für die sozusagen politische Ökonomie. Hier stellen sich Fragen der Betriebsorganisation, der Auswirkungen der ökonomischen Vertei-

lung auf die Ausübung einer politischen Stimme und nicht zuletzt die Frage danach, ob die gegebenen ökonomischen Verteilungsmechanismen nicht Entscheidungsmechanismen voraussetzen, die Herrschaft einschließen. Und es reicht bis in die Probleme der Folgen der Ökonomie für die Wahlkampffinanzierung und ihrer Sicht als rechtlich geschützte Meinungsäußerung, wie dies in den USA heute der Fall ist. Nur so, scheint es der Schrift, kann die Macht der Stimmrechte erfolgreich dazu eingesetzt werden, sich vor einer zweiten Versklavung zu retten – eine Deutlichkeit, die die amerikanische Geschichte seit dem Ende des Bürgerkrieges nahelegt und die heute an die Kampagnen um die Ausübung des Wahlrechts gerade durch die benachteiligten Teile der Bevölkerung anschließt.

Die nächsten drei Kapitel befassen sich mit drei heute elementaren Themen: zunächst im dritten Kapitel mit dem Phänomen der vernetzten Gesellschaft, die neue Formen der sozialen Verbundenheit ermöglicht. Damit ist gemeint, dass jenseits von Assimilation und Multikulturalismus Kommunikationen möglich sind, die nicht nur Isolation vermeiden, sondern auch neue Fähigkeiten nutzen, soziale Verbundenheit unter Wahrung eigener Identitäten zu leben, und dies über Grenzen hinweg. Das führt zu der angestrebten Differenz ohne Herrschaft sowie zu einer Sozialpolitik, die Identitäten respektiert und gegebene Milieus dennoch integrieren kann. Dabei nutzt der Text die Nuancen der englischen Sprache, um Unterschiede in sozialen Beziehungen deutlich zu machen, etwa wenn er *bonding*, *bridging* und *linking* verschiedenen sozialen Beziehungen zuordnet und so klar macht, dass zweifellos verschieden

gestaltete menschliche Sozialbeziehungen gemeint sind, so schwierig es auf den ersten Blick auch sein mag, diese als recht unterschiedliche Modalitäten fassbar zu machen und ihre Bedingungen unter Menschen zu beschreiben, um zwischen Alternativen zu wählen und die gewünschte Variante ins Werk zu setzen.

Das vierte Kapitel führt für die dann möglichen Strukturen den Begriff des Polypolitanismus ein. Gemeint ist damit, dass neue übergreifende Zugehörigkeiten ermöglicht werden, die nationale Grenzen übergreifen, die Vielfalt auch ökonomisch nutzen und so auch der Migration einen Ort geben, ohne wirtschaftliche Verluste gegen sie aufrechnen zu können. Damit werden weniger die kolonialen Grenzen heutiger Staaten in Frage gestellt als vielmehr die übergreifenden Verflechtungen sozialer Bewegungen und persönlicher Beziehungen über die Staaten hinweg angesprochen, die heute dank moderner Kommunikationstechniken und sozialer Netzwerke möglich sind. Diese Techniken und dieser Austausch können in der Tat die Welt der Staaten zunehmend bändigen, es sei denn, diese verbünden sich dagegen in ebenfalls übergreifenden Allianzen neuer Herrschaft.

Im letzten Kapitel entfaltet die Arbeit die aus diesen Vorstellungen erwachsene neue Ökonomie, die teilweise auf kanadischen Modellen der Politik fußen. Dabei werden ökonomische Schlüsselideen einbezogen. Auch dabei bleibt allerdings etwas unklar, was das Buch unter Herrschaftsfreiheit versteht. Auf den herrschaftsfreien Dialog im Stile von Jürgen Habermas wird nicht Bezug genommen; auch Asymmetrien, die politische oder gesellschaftliche Dialoge prägen können, sind nicht eingehend be-

geschrieben. Zweifellos ist implizit gemeint, dass die politischen und die sozialen ebenso wie die ökonomischen Folgen der Kolonial- und damit offenbar der Sklavenwirtschaft und ihrer späten Nachwirkungen ferngehalten bleiben sollen. Dies ist indes in Gesellschaften, die noch immer von Rassismus und anderem tief intrikaten Spaltmaterial geprägt sind, kaum oder jedenfalls sehr schwer zu erreichen. Und ein eher philosophischer Traktat kann dieses Minenfeld menschlichen Zwangs, menschlicher Traumata und menschlicher Vorurteile, die oft subtil zusammenwirken, kaum räumen. Auch findet man alternative Formen der Arbeit angesprochen, so etwa „freie Arbeit“, es fehlt aber eine detaillierte Darstellung der Herstellung einer solchen Arbeitswelt. Man gewinnt daher den Eindruck, dass hier an eine Debatte angeknüpft wird, die in akademischen Kreisen Neuenglands und der Westküste der USA seit geraumer Zeit stattfindet, aber die Arbeitswelt bisher nicht oder nur sehr selten und nur vorübergehend zu verändern in der Lage war. Genötigt war man in den USA dazu sicher auch deshalb, weil seit der Sklavenbefreiung die Bedingungen diskutiert werden mussten, die das Leben der Arbeiterschaft in allen Sektoren verbessern, unabhängig davon, dass viele Abläufe infolge der technischen Entwicklung industrielle Gestalt annahmen. Den jüngeren Teil dieser amerikanischen Debatte – vor allem aus den beiden letzten Jahrzehnten – bezieht das Buch allerdings durchaus ein.

Am Ende steht aber jedenfalls die Hoffnung auf eine demokratische Steuerung der Verteilung, nicht ohne sich damit gegen gescheiterte Muster, wie etwa diejenigen der Politik in Venezuela, abzugrenzen.

Zusammenfassend bekennt sich die Autorin zu den Arbeiten von Amartya Sen und einem westlichen Freiheitsverständnis, dem sie huldigt, allerdings ohne sich von den ökonomischen Lehren des Westens dominieren zu lassen. Ein Epilog bringt das sehr deutlich zum Ausdruck, wenn er auch nicht etwa im Einzelnen am Ende doch noch unternimmt, in eine Analyse einzutreten. Das hätte den Rahmen gesprengt.

Das Buch überzeugt trotz seiner manchmal kühnen Gedankengänge. Ob es beherzigt wird, das ist eine andere Frage. Seine Kraft zeigt sich nicht nur im grundlegenden Ansatz, sondern auch in vielen Beispielen zu den Blockaden, die liberale Gesellschaften überwinden müssen, so etwa die Verstetigung ungleicher Bildung durch eine Kopplung der Qualität der öffentlichen Schulen an die wertorientierte Staffelung der lokalen Grundsteuer oder den Ausschluss innerbetrieblichen Aufstiegs durch eine Betriebsstruktur des Outsourcings. Das Buch sollte nicht in Winkeln elitärer politischer Theorie liegen bleiben. Das jedenfalls ist ihm und der öffentlichen Debatte zu wünschen.

#### Anmerkung

- 1 Leider findet sich zu dieser Problematik nichts in einem jüngeren Würzburger Vortrag, vgl. C. Enders, Freiheit und Repräsentation, Baden-Baden 2020.